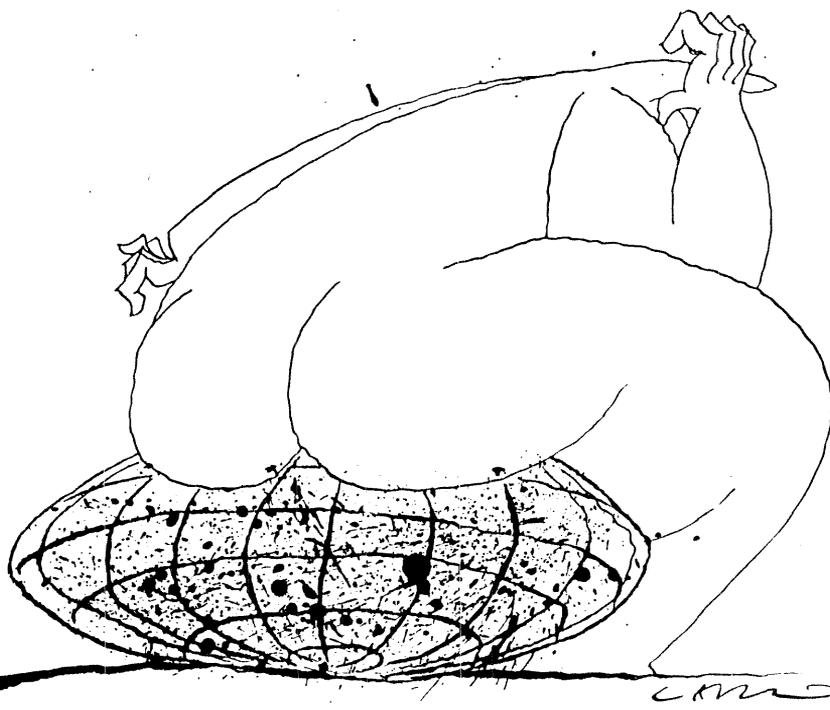


Von Rio nach Beckerich und zurück

Am 29. April fand im Centre Convict eine mäßig besuchte Table-ronde zum Thema "Lëtzebuerg - Land mat limitéierter Responsabilitéit" statt.

Als erster sprach Claude Turmes vom Mouvement Ecologique zum Thema Klima und CO₂. Die Klimaforscher sind sich einig darüber, daß das Erdklima ein sehr komplexes System darstellt, das durch einen so massiven menschlichen Eingriff wie die gigantischen CO₂-Ausstöße aus dem Gleichgewicht geraten muß, mit unvorhersehbaren Folgen für die Natur und

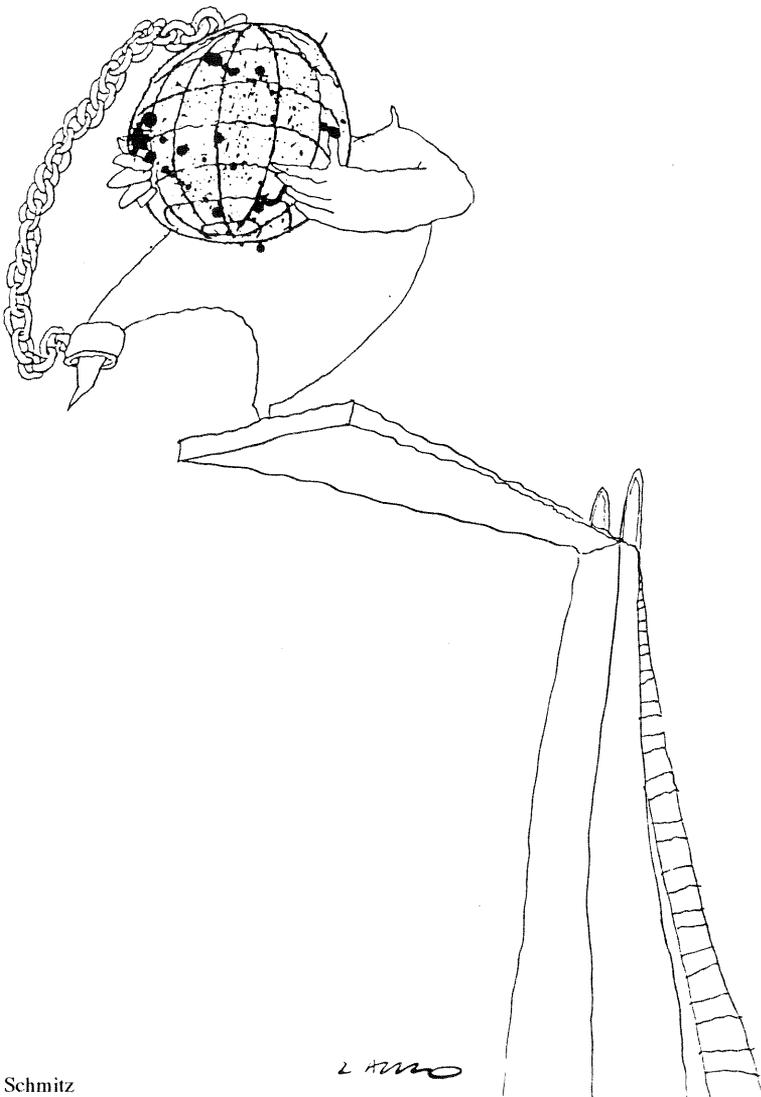
vorhersehbar fatalen für die menschliche Spezies. Claude Turmes betonte die besondere Verantwortung der westlichen Industriestaaten, unter ihnen Luxemburg, die ihren Reichtum auf eine über hundertjährige Kumulierung von CO₂-Ausstößen aufgebaut haben. Die technischen und sozialen Kosten einer CO₂-Reduzierung müßten entsprechend von diesen Staaten getragen werden. Die luxemburgische Regierung in ihrer Verantwortungslosigkeit aber stellt sich weiterhin vor ihre zwei Lieblingskinder und größten CO₂-Erzeuger: die Arbed und das Auto.



Carlo Schmitz

In seiner Antwort wies Umweltminister Bodry darauf hin, daß in Rio *bestenfalls* die EG mit ihren bescheidenen Reduzierungsmaßnahmen sich gegen die USA durchsetzen könne, die überhaupt keine CO₂-Konvention wünschten. Die Zahlen der EG beruhten eher auf einem politischen Kompromiß als auf dem Versuch, die notwendige Reduzierung abzuschätzen, und es sei noch nicht einmal sicher, ob diese Maßnahmen in der EG eine Majorität finden würden. In dieser Antwort zeigte sich die tragische Diskrepanz zwischen der ökologischen Notwendigkeit und der sogenannten politischen Machbarkeit.

Im zweiten Beitrag, von Cary Greisch (Greenpeace), ging es um Technologie, freien Handel und Abfallpolitik. Die in der Produktion von Reichtum eingesetzte Technologie müßte sich an ökologischen Kriterien messen. Die Definition von "sustainable technology" und die darauffolgende systematische Ersetzung unökologischer Technologien steht aber in Widerspruch mit dem Dogma des freien Handels, das in den GATT-Verhandlungen nicht nur zelebriert wird, sondern quasi als Weltgesetz ratifiziert wird. Auch der Abfall, ist er erst einmal als Ware definiert, wird frei zirkulieren dürfen müssen. Was alle Lippenbekenntnisse über Selbstentsorgung überflüssig machen wird, im Namen der Freiheit der Dritte-Welt-Länder, unseren Abfall mit offenen Armen bei sich aufzunehmen.



Carlo Schmitz

Bedauerlicherweise verbrachte der Redner den Rest seiner Zeit, die nationale Abfallpolitik des Ministers Bodry auseinanderzunehmen. Das Publikum unterstützte ihn dabei mit bedeutungsschweren "Biekerch!"-Zwischenrufen, als ob das Schicksal des Planeten mit der Genehmigung der Beckericher Plastikflaschen endgültig besiegelt sei. In dieser Art ging das Streitgespräch zwischen dem Redner und dem Minister fort, bis Herr Stronk, in Vertretung des Kooperationsministers Wohlfahrt, zum Thema Rio zurückkam: Der freie Handel sei doch *auch* eine Forderung der Dritte-Welt-Länder, die mit ihren Produkten endlich auch die protektionistischen westlichen Märkte erreichen möchten. Herr Stronk verdächtigte sodann die westlichen Industriestaaten des Öko-Imperialismus, weil sie unter dem Vorwand des Umweltschutzes den freien Handel zu ihren Gunsten einschränken möchten. Die Gefahr einer solchen Funktionalisierung der Ökologie besteht, aber man sollte hieraus weder schließen, daß nur westliche Industrieländer Interesse an Umweltforderungen hätten, noch daß der *wirklich freie* Handel die "voie royale" zu einer Lösung der Entwicklungs- und Umweltprobleme der Dritten Welt wäre.

Schließlich sprach Robert Garcia von der ASTM über den Bereich Entwicklungshilfe auf der Rio-konferenz. Neben der Forderung nach Verwirklichung der vor mehr als 20 Jahren beschlossenen, noch immer von kaum einem Land erreichten Steigerung der Entwicklungshilfe auf 0.7% des Bruttosozialprodukts, müßte über Ökosteuern ein Öko-Entwicklungsfonds geschaffen werden in Höhe von etwa 125 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Es wäre aber auch wichtig, daß dieser Fonds von der UNO selber verwaltet würde, unter Mitarbeit der Dritte-Welt-Organisationen, und nicht etwa von Weltbank oder IWF, deren katastrophale Politik in Hinsicht auf Umwelt, Entwicklung und soziale Verhältnisse bekannt ist, und in denen "zufälligerweise" Vertreter der westlichen Industriestaaten und Finanzimperien den Ton angeben.

Robert Garcia fragte, welches die Haltung der luxemburgischen Vertreter sein werde, falls es in Rio in diesen und anderen Punkten zu einer Nord-Süd-Konfrontation kommen würde, eine Frage, die leider unbeantwortet blieb. Herr Stronk erläuterte die Gefahren, die sich aus einer zu rapiden Steigerung der Entwicklungshilfe ergeben würden. Überhaupt war die Stimmung wieder entspannter geworden, was Richard Graf vom Gréngespoun zu einer temperamentvollen Intervention veranlaßte: Das gemächliche Diskussionsklima stehe in keinem Verhältnis zur Dringlichkeit der Bedürfnisse. Gefordert sei eine offensive Entwicklungspolitik, was auch machbar sei: denn warum könnte man nicht für die Öko-Entwicklung "schnelle Milliarden" im Staatsbudget lockermachen, wenn dies für den Golfkrieg ohne Schwierigkeit möglich war.

In der darauffolgenden allgemeinen Aussprache wurde auf das Fleißigste einer Leidenschaft der luxemburgischen Alternativen gefrönt: dem Sport des Ministerschießens. Nach den Beckericher Plastikflaschen kam die mangelnde Unterstützung für Windmühlenprojekte zur Sprache. Sodann kam die Reihe an die Nordstraße, wobei Herr Bodry erst einmal

schlichtweg zur Demission aufgefordert wurde. Im Rahmen der Table-ronde wäre es sicherlich berechtigt gewesen zu fragen, wie denn Luxemburg nach dieser Entscheidung für eine nutzlose Naturzerstörung auf der Rio-Konferenz da stehen würde. Leider gingen an diesem Abend die pertinentesten Fragen unter in emphatisch vorgetragenen lokalpolitischen Reflexreaktionen. Und die Angriffe richteten sich wieder einmal gegen den Mann in der vordersten Linie, den einzig anwesenden Minister Bodry, obwohl gewisse Ministerkollegen für scharfsichtige Kritiker eine viel größere Angriffsfläche bieten dürften. Im Gegensatz zu diesen Kollegen, die genau wissen worauf ihr wertestes Teil ruht, vermittelte Bodry den Eindruck, zwischen zwei Stühlen zu sitzen. Zur Rio-Konferenz äußerte er abschließend die realistische Einschätzung, man könne kaum Entscheidungen erwarten, nur die Gelegenheit zur Sensibilisierung auf weltweite Umweltprobleme nutzen, und dafür sorgen, daß es zu diesem Thema nach Rio "kein Loch" gebe, sondern die Initiativen fortgesetzt würden.

Wird die Konferenz von Rio also, wenn schon keine konkreten Ergebnisse, so doch wenigstens den Anfang des Bewußtwerdens bringen, daß alle Erdenbewohner "im gleichen Boot sitzen"? Man darf zu Recht bezweifeln, daß die Teilnehmer an dieser Konferenz unter dem Strich die wirklichen Interessen der Erdbevölkerung vertreten werden und der Versuchung widerstehen werden, diese Verhandlungen zum Ergattern kurzfristiger Vorteile zu nutzen. Zum Beispiel gibt es im Bereich der "biodiversity" schon bilaterale Abkommen zwischen an Genreserven reichen Ländern und internationalen Konzernen. Falls es keine Konvention über den freien Zugang zur Genvielfalt und über ein Transfer von Biotechnologie geben wird, werden die westlichen Konzerne die großen Gewinner sein, ein paar Dritte-Welt-Länder sich Vorteile verschaffen, und die Chance, diesen Reichtum zum Wohle der *gesamten* Menschheit zu nutzen, wird vertan sein.

Im Sinne der schon erwähnten Diskrepanz zwischen Notwendigkeit und sogenannter Machbarkeit wird in Rio auch die Stunde der Wahrheit schlagen. Der Bremsklotz für die notwendigen Reglementierungen und Einschränkungen darf dann nicht mehr die Konkurrenz zwischen den Ländern sein, die bewirkt, daß Politiker im Namen des Wohlergehens des eigenen Volkes das Wohlergehen aller gefährden "müssen". Auch das Argument, daß z.B. die "Neuen Industrieländer" sich nicht an die Spielregeln halten könnten, ist nicht stichhaltig. Die westlichen Industriestaaten würden über genügend wirtschaftliche Druckmittel verfügen, weltweit strenge Umweltschutzmaßnahmen durchzusetzen, wenn sie es wirklich wollten. Auch gibt es unseres Wissens nach keine Gefahr, daß der Weltmarkt durch unökologisch hergestellte Billigprodukte vom Mars überschwemmt würde. Das einzige Hindernis, das sich bei dieser Gelegenheit in seiner reinen Form zeigt, ist, daß in Rio weniger die Summe der Interessen der Völker der Erde vertreten werden als die Interessen der Eliten in den verschiedenen Ländern. In Rio wird die Vorstellung eines internationalen Kapitalismus, der Umweltnormen unter Kontrolle der UNO respektieren würde, sich als Illusion erweisen. Denn gerade die wirtschaftliche Macht, die kontrolliert werden soll, verfügt über genügend Macht und Einfluß, die Strukturen, die die Kontrolle schaffen und ausüben sollen, hieran zu hindern. Wichtigstes ideologisches Argument wird die Freiheit des Marktes und das Gespenst der Bürokratie sein, wichtigste Vertreter der Interessen der westlichen Konzerne werden die westlichen Regierungen sein, allen voran die einzig verbliebene Weltmacht, die Vereinigten Staaten. Und so wird Rio wohl weniger eine Gelegenheit zur Sensibilisierung auf weltweite Umweltthemen sein als eine Möglichkeit zur Veranschaulichung der Misere der herrschenden Zustände: Statt den gewohnten allweihnachtlichen verstrahlten, vergifteten, verherrlichten Kinder im Fernsehen einen Einblick in die Verhältnisse, die dies erzeugen und aufrechterhalten. rk

In Rio wird weniger die Summe der Interessen der Völker der Erde vertreten werden als die Interessen der Eliten in den verschiedenen Ländern.
